Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

41 (25.1.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 41 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Freitag, 25. Januar 1918** — 77. Jahrgang. — **Mittagsblatt.**

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 24. Jan. (Amtlich.) Abends. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Bürgerkrieg in Rußland.

O Berlin, 24. Jan. Wie es in Peterburg aussieht, geht aus Schilderungen hervor, die ein zuverlässiger, soeben von der Newa hierher zurückgekehrter Gewährsmann des „Berl. Lokalanz." liefert. Ein furchtbares Bild der Auflösung wird entrollt, und andere Blätter melden Bedenkliches. In den Straßen der russischen Hauptstadt sollen häufig Kämpfe stattfinden. 87 Abgeordnete der aufgelösten Nationalversammlung seien, wie es heißt, durch die Bolschewiki verhaftet worden, weil von ihnen in einer Proklamation die Bevölkerung zum Bürgerkrieg aufgefordert wurde.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

O Berlin, 24. Jan. Trotzki soll, wie die „Prawda" meldet, unter allen Umständen am 27. Januar nach Brest-Litowsk zurückkehren.

Veränderungen im englischen Kabinett.

O Berlin, 24. Jan. In politischen Kreisen soll die Aussicht vertreten sein, daß der Rücktritt Carsons weitere Veränderungen im englischen Kabinett nach sich ziehe, daß aber Lloyd George die Führung nach wie vor behalte.

Englands trübe Zukunft.

WTB. Amsterdam, 24. Jan. Der Professor an der Londoner Universität, Hearnschaw, schreibt im „Daily Telegraph" über die ungünstigen Zukunftsaussichten Englands: England steht vor Ereignissen und Schwierigkeiten, wie es sie in seiner Geschichte selten erlebt hat, vor einer deutsch-österreichischen Offensive, vor einer Hungersnot und einer Bolschewiki-Offensive im eigenen Lande. Vor einem Jahre schien die Niederlage der Mittelmächte sicher. Die Russen waren besser gerüstet als je, bis die Torheit der Leninisten alles über den Haufen warf. Jetzt ruht die gesamte Last des Krieges auf Englands Schultern und der amerikanische Bundesgenosse ist noch nicht so weit. Im Innern stehen wir vor einer Hungersnot, wie sie selbst das Mittelalter noch nicht erlebt hat. Wir müssen aber durch diese Hölle gehen, so wie unsere Soldaten im Felde durch die Hölle gehen. Die Zeit scheint für die soziale Revolution und den Klassenkampf günstig zu sein. Wir müssen daher gegen die Ruhestörer einen scharfen Feldzug unternehmen.

Austausch von Kriegsgefangenen.

O Berlin, 24. Jan. Gestern sollte laut „Berl. Tagebl." in Rotterdam der erste Transport von Deutschen, und zwar von 400 schwerverwundeten Soldaten und 980 Zivilgefangenen über 45 Jahre alt eintreffen.

Der Reichskanzler und Graf Czernin über die Friedensfragen.

Die Rede des Reichskanzlers.

O Berlin, 24. Jan. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages führte

Reichskanzler Dr. Graf von Hertling

aus:

Meine Herren! Als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor dem Ausschuß zu sprechen — es war am 3. Januar — standen wir, so schien es, vor einem in Brest-Litowsk eingetretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zwischenfalles in aller Ruhe abwarten können. Die Tatsachen haben dem auch recht gegeben. Die russische Delegation ist wieder in Brest-Litowsk eingetroffen, die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter und sie sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die diese Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon das vorige Mal hingewiesen. — Manchmal konnte in der Tat der Zweifel entstehen, ob es der russischen Delegation ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und allerhand Funksprüche, die durch die Welt gehen, mit höchst seltsamem Inhalt, konnten diesen Zweifel bestätigen. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden.

Günstiger stehen unsere Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine. Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen, demnächst mit der Ukraine zu Abschlüssen zu kommen, die im beiderseitigen Interesse gelegen und nach der wirtschaftlichen Seite vorteilhaft sein würden.

Ein Ergebnis, meine Herren, war bereits am 4. Januar, abends um 10 Uhr, zu verzeichnen. Wie Ihnen allen bekannt ist, hatten die russischen Delegierten zu Ende Dezember den Vorschlag gemacht,

eine Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer

ergehen zu lassen, sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen, und als Grundlage hatten die russischen Delegierten gewisse Vorschläge sehr allgemein gehaltener Art unterbreitet. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen, unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar des Abends um 10 Uhr war diese Frist verstrichen, eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir die Bahn frei haben für Sonderverhandlungen mit Rußland und daß wir auch selbstverständlich an die von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind.

Anstatt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen,

zwei Kundgebungen feindlicher Staatsmänner

erfolgt: Die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson vom Tage darnach. Ich erkenne gerne an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat. Er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher von mir angezweifelte Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Heiterkeit.) Immerhin aber kann ich nicht soweit gehen, wie manche Stimmen aus dem neutralen Auslande, die aus dieser Rede Lloyd Georges einen ernstlichen Friedenswillen, ja sogar eine freundliche Gesinnung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärt, er wolle Deutschland nicht vernichten, habe es nie vernichten wollen, er gewinnt sogar Worte der Achtung für unsere politische, wirtschaftliche und kulturelle Stellung, aber dazwischen fehlt es doch auch nicht an anderen Aeußerungen, dazwischen drängt sich noch immer wieder die Auffassung durch, daß er über das schuldige, aller möglichen Verbrechen schuldige Deutschland Recht zu sprechen habe, eine Gesinnung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir von ernstem Friedenswillen noch nichts verspüren können. Wir sollen die Schuldigen sein, über die die Entente nun zu Gericht sitzt. Das nötigt mich einen kurzen Rückblick auf die dem Kriege vorangegangenen Verhältnisse und Vorgänge zu werfen, auf die Gefahr hin, längst Bekanntes noch einmal zu wiederholen.

Die

Aufrichtung des Deutschen Reiches

im Jahre 1871 hatte der alten Zerrissenheit ein Ende gemacht. Durch den Zusammenschluß seiner Stämme hatte das Deutsche Reich in Europa diejenige Stellung erworben, die seinen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen und den darauf begründeten Ansprüchen entsprach. (Bravo!) Fürst Bismarck krönte sein Werk durch das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn. Es war ein reines Defensiv-Bündnis, von den hohen Verbündeten vom ersten Tage an so gedacht und so gewollt. Im Laufe der Jahrzehnte ist niemals auch nur der leiseste Gedanke an einen Mißbrauch zu aggressiven Zwecken aufgetaucht. Insbesondere zur Erhaltung des Friedens sollte das Defensiv-Bündnis zwischen Deutschland und der engverbündeten, in alter Tradition durch gemeinsame Interessen mit uns verbundenen Donaumonarchie dienen. Aber schon Fürst Bismarck hatte, wie ihm oftmals vorgeworfen wurde, den

Alpdruck der Koalitionen,

und die Ereignisse der folgenden Zeit haben gezeigt, daß das kein bloßes schreckhaftes Traumbild war. Mehrfach trat die Gefahr feindlicher Koalitionen, die den verbündeten Mittelmächten drohten, in die Erscheinung. Durch die Einkreisungspolitik König Eduards ward der Traum der Koalitionen Wirklichkeit. Dem englischen Imperialismus stand das aufstrebende und erstarkende Deutsche Reich im Wege. In französischer Revanchesucht, in russischem Expansivstreben fand dieser Imperialismus nur allzu bereite Hilfe, und so bereiteten sich für uns gefährliche Zukunftspläne vor.

Schon immer hatte die geographische Lage Deutschlands die Gefahr eines Krieges nach zwei Fronten uns nahegerückt. Jetzt wurde sie immer sichtbarer. Zwischen Rußland und Frankreich wurde ein Bündnis geschlossen, dessen Teilnehmer das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(15) — (Nachdruck verboten.)

„Der scheidet für mich vollständig aus jetzt! Oder glaubst du im Ernst ich beabsichtige noch mit der Tochter unseres Prokuristen zu konkurrieren? Was Kurt vorhin angedeutet, genügt mir vollkommen!" entgegnete sie unsagbar hochmütig. „Doch warum streiten wir um des Kaisers Bart! Ich werde jetzt ein wenig ruhen und dann vielleicht mal zu Adelheide fahren."

Sie erhob sich und schritt mit ihren lässigen, langsamen und doch so unendlich anmutigen Bewegungen zur Tür hinaus.

Zwei Stunden später bestieg sie ihren Selbstfahrer. Mit gekreuzten Armen, unbeweglich wie ein Steinbild, saß der kleine Diener rückwärts.

In vollem Trabe fuhr sie die Chaussee entlang, an dem massigen Gebäudekomplex der Fabrik vorbei, der sich die Beamtenhäuser anschlossen, von denen jedes in einem gut gepflegten Garten lag und zuletzt kurz vor dem Dorf an den Arbeiterhäusern.

Welcher Unterschied zwischen den Häusern, die ihr Vater für seine Arbeiter hatte bauen lassen, und den Arbeiterhäusern, die der Gutsherrschaft im Dorf Westenfelde gehörten.

Ein Hochgefühl schwellte Astrids Brust über das Werk ihres Vaters.

Wie nett und peinlich sauber standen die Vermehrenschen Häuser — jede Familie besaß auch noch ein Gärtchen, in dem sie sich Gemüse, Blumen, Obst baute und das die Freude am eigenen Heim verstärkte — — wehe aber, wer diese Fürsorge nicht zu würdigen verstand und keine Ordnung hielt!. Der Geheimrat kümmerte sich um das Geringste, und es kam nicht selten vor, daß er ganz unvermutet einmal selbst in seiner Arbeiterkolonie nach dem Rechten sah!

Astrid fuhr jetzt durch das eigentliche Dorf und lenkte nach der Kirche hin, die, ein einfacher roter Backsteinbau, inmitten des Friedhofes lag. Und nicht weit von der Kirche war das Haus des Arztes, ein niedriges, langgestrecktes Gebäude mit großem Vorgarten. Sie mußte daran vorüber fahren, wenn sie nach dem Schlosse wollte, und sie hatte durchaus keine Veranlassung, diesen Weg zu meiden und einen Umweg zu wählen.

Sie bemerkte, daß an der Gartenpforte zwei Herren standen, die, unwillkürlich durch das Rattern des Wagens auf der unebenen Dorfstraße aufmerksam geworden, nach ihrem Gefährt sich umsahen — es war Doktor Rehfeld und Graf Westenfeld, der nun grüßend den weichen Schlapphut schwenkte. Scherzend rief er ihr etwas zu, was sie nicht verstehen konnte, so daß sie notgedrungen halten mußte. Mit hochmütigem Kopfnicken erwiderte sie den höflichen Gruß des Arztes. Sie wappnete sich gegen ihn; denn sie fühlte sich immer beunruhigt, verwirrt durch seine klugen Augen, die von seltener Ausdruckskraft waren. Um die Erinnerung an die erste Begegnung mit ihm, in der er sie in einer ziemlich hilflosen Lage gesehen, quälte sie auch in ihrem Stolz. Und dennoch konnte sie den Gedanken an ihn nicht verbannen; seine harte, herrische Männlichkeit zwang sie.

„Nehmen Sie mich mit, Fräulein Vermehren!" rief der Graf. „Ich setze voraus, daß Sie meine Töchter besuchen wollen."

Er kletterte auf den hohen Wagen und nahm neben ihr Platz. Der junge Arzt war stehen geblieben, dem leichten Gefährt nachsehend, bis es seinen Blicken entschwunden war. Dann ging er in sein Haus zurück; doch an der Haustür verweilte er an der obersten Steinstufe, und seine Augen schweiften über die bunte Pracht des Gartens.

Es war ein schöner Septembertag; warm wolkenlosen, blauen Himmel schien mild die Sonne, ohne die sengende Wärme des Sommers. Hoch standen die Stauden der Sonnenrosen, die ihre gelben Scheiben mit dem dunklen, samtigen Mittelpunkt stolz in die Luft reckten Dahlien und Georginen blühten in bunter Fülle um die Wette mit den farbenprächtigen Astern. Reseda duftete noch, und an den Rosenstöcken hingen verspätete köstliche, duftschwere Blumen. Reife Birnen und Aepfel lockten verführerisch aus den Spalieren, und dunkel glühten schwere rote Trauben aus dem Weinlaub.

Ein wenig wahllos und ein wenig durcheinander und verwildert war das alles — man sah wohl, daß eine sorgende, ordnende Frauenhand fehlte.

„Das ist etwas für dich, Herma," dachte er lächelnd und ging dann hinein.

Der Hausflur war mit roten Backsteinen gepflastert und mit weißem Sand bestreut. Rechts befand sich die Tür zu den einfachen Wartezimmer; er durchschritt es nach dem Sprechzimmer, das er sich sehr gemütlich eingerichtet hatte und das einen Blick nach dem Wirtschaftsgarten bot. Ein fruchtbeladener Aepfelbaum nickte herein, dessen Blühen im Frühjahr köstlich gewesen sein mußte.

Er setzte sich vor seinen Schreibtisch und nahm das Bild seiner Braut, das in einem Lederrahmen darauf stand, in die Hand. Lange blickte er in das gütige, sympathische Mädchengesicht. Dann stellte er es mit einem tiefen Seufzer zurück auf seinen Platz.

Die Ellenbogen auf die Lehne seines Schreibstuhles gestützt und die Hände gefaltet, sah er sinnend vor sich hin. Seine Lippen lagen fest aufeinandergepreßt — es waren wohl keine frohen Gedanken, die hinter seiner hohen Stirn kreisten; denn eine tiefe Falte stand zwischen seinen Augenbrauen.

Plötzlich sprang er mit einem heftigen Ruck auf und durchmaß mit schnellen Schritten das Zimmer, um dann wieder am Fenster stehen zu bleiben.

Astrid Vermehren!

Dieses Mädchen! Seine Hände ballten sich. „Astrid!" stöhnte er. Er konnte den Gedanken an sie nicht los werden; wie Feuer fraß es in seinem Blut.

Er las den letzten Brief seiner Braut. Wie gut und hoffnungsfroh sie schrieb — nicht überschwenglich, doch in jeder Zeile ihre Liebe verratend.

In vier Wochen sollte sie als seine Hausfrau hier einziehen. So war es abgemacht, gleich nachdem er die Praxis des Doktor Frühling fest übernommen.

Und keine andere paßte besser hierher, als Schwester Herma, die die Güte und Menschenliebe selbst war; mit ihr würde der Segen für das ganze Dorf einziehen. Er wußte das alles, und dennoch — dennoch — —! Er hätte lachen mögen über sich, daß er sich durch ein paar blaue Augen, durch einen hochmütigen schönen Mädchenmund hatte betören lassen — wie ein junger Student! Eher kamen doch Wasser und Feuer zusammen, als er und die herrische Astrid Vermehren! — Das Alleinsein taugte doch nicht für ihn; es wurde Zeit, daß er sich seinen Schutzengel, seine Herma holte! Dann würde er sicher über das kommen, das ihn aus seinen ruhigen Gedankenbahnen zu bringen drohte.

(Fortsetzung folgt.)

an Einwohnerzahl um das Doppelte übertrafen. Frankreich, das republikanische Frankreich, lieh dem zaristischen Rußland

Milliarden zum Ausbau der strategischen Bahnen im Königreich Polen,

die den Aufmarsch gegen uns erleichtern sollten. Die französische Republik zog den letzten Mann zur dreijährigen Dienstzeit heran. So schuf sich Frankreich neben Rußland eine bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gehende Rüstung. Beide verfolgten dabei Zwecke, die unsere Gegner jetzt als

imperialistisch

bezeichnen. Es wäre pflichtvergessen gewesen, wenn Deutschland diesem Spiel ruhig zugeschaut hätte, wenn nicht auch wir uns eine Rüstung zu schaffen versucht hätten, die uns gegen die künftigen Feinde zu schützen hatte. Meine Herren! Ich darf vielleicht daran erinnern, daß ich selbst als Mitglied des Reichstages sehr häufig über diese Dinge gesprochen habe, und daß ich bei neuen Rüstungsausgaben stets darauf hingewiesen habe, daß das deutsche Volk, wenn es diesen Rüstungen zustimmte, lediglich eine Politik des Friedens treiben wollte, daß diese Rüstung uns nur aufgenötigt sei zur Abwehr gegen die uns vom Feinde drohende Gefahr. Es scheint nicht, daß diese Worte irgendwie vom Auslande beachtet worden wären.

Und nun

Elsaß-Lothringen.

Elsaß-Lothringen, von dem auch jetzt wieder Lloyd George redet. Auch jetzt spricht er wieder von dem Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angetan habe. Elsaß-Lothringen — ich sage es nicht Ihnen, Sie bedürfen der Belehrung nicht, aber im Ausland scheint man die Dinge immer noch nicht zu kennen — Elsaß-Lothringen umfaßt bekanntlich rein deutsche Gebiete, die durch jahrhundertelang fortgesetzte Vergewaltigung und Rechtsbrüche vom Deutschen Reiche losgelöst wurden, bis endlich 1789 die französische Revolution den letzten Rest verschlang. Damals wurden sie französische Provinzen. Als wir im 70er Kriege die uns freventlich entrissenen Landstriche zurückverlangten, war das nicht Eroberung fremden Gebiets, sondern recht eigentlich, was man heute „Desannexion" nennt, und diese Desannexion ist dann auch von der französischen Nationalversammlung, der verfassungsmäßigen Vertretung des französischen Volkes, in damaliger Zeit, am 29. März 1871 mit ausdrücklicher Stimmenmehrheit anerkannt worden.

Auch in England sprach man damals ganz anders als heute. Der berühmte Historiker Carlyle schrieb im Dezember 1870: Kein Volk hat einen so schlimmen Nachbarn, wie ihn Deutschland während der letzten vier Jahrhunderte an Frankreich besaß. Deutschland wäre verrückt, wenn es nicht daran dächte, einen Grenzwall zwischen sich und einem solchen Nachbarn zu errichten, wo es Gelegenheit dazu hat. Ich weiß von keinem Naturgesetz und keinem Himmelsparlamentsbeschluß, kraft dessen Frankreich allein von allen irdischen Wesen nicht verpflichtet wäre, einen Teil des geraubten Gebietes zurückzuerstatten, wenn die Eigentümer, denen es entrissen wurde, eine günstige Gelegenheit, es wieder zu erobern, haben, und in gleichem Sinne sprachen angesehene englische Presseorgane.

Ich komme nun zu

Wilson.

Auch hier erkenne ich an, daß der Ton ein anderer geworden ist. Es ist nicht mehr die Rede von Unterdrückung des deutschen Volkes durch eine autokratische Regierung, und die früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht wiederholt worden. Auf die schiefen Darstellungen der deutschen Politik in Wilsons Botschaft will ich nicht eingehen, sondern im einzelnen die 14 Punkte besprechen, in denen er das Friedensprogramm behandelt.

1. Es sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Die Geschichte lehrt, daß wir uns am ehesten mit einer weitgehenden Publizität der diplomatischen Abmachungen einverstanden erklärt hatten.

Im 2. Punkt fordert Wilson Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schiffahrt auf dem Meere im Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Zukunftsforderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. Im hohen Grade aber wichtig wäre es für die Freiheit der Meere in Zukunft, wenn auf die stark befestigten Flottenstützpunkte an wichtigen internationalen Verkehrsstraßen, wie sie England in Gibraltar, Malta, Aden und noch an anderen Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

Punkt 3: Mit der Beseitigung wirtschaftlicher Schranken, die den Handel in überflüssiger Weise einengen, sind wir durchaus einverstanden. Auch wir verurteilen einen Wirtschaftskrieg.

Punkt 4: Der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung ist durchaus diskutabel. Ueber die vier ersten Programmpunkte könnte man also ohne Schwierigkeit zu einer Verständigung gelangen.

Ich komme zum 5. Punkte: Schlichtung aller kolonialen Ansprüche und Streitigkeiten. Die praktische Durchführung des von Wilson aufgestellten Grundsatzes wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls kann es zunächst dem größten Kolonialreich England überlassen bleiben, wie es sich mit diesem Vorschlag seines Verbündeten abfinden will. Bei der unbedingt auch von uns geforderten Neugestaltung des Weltkolonialbesitzes wird von diesem Programmpunkte seinerzeit zu reden sein.

Punkt 6: Räumung des russischen Gebietes. Nachdem die Ententestaaten es abgelehnt haben, sich den Verhandlungen anzuschließen, muß ich im Namen der vier verbündeten Mächte eine nachträgliche Einmischung ablehnen. Diese Fragen gehen allein Rußland und die vier verbündeten Mächte an. Ich halte an der Hoffnung fest, daß es gelingen wird, zu einem guten Verhältnis sowie mit den russischen Randvölkern als mit dem ehemaligen russischen Kaiserreich zu gelangen.

Punkt 7: Die belgische Frage. Zu keiner Zeit während des Krieges hat die gewaltsame Angliederung Belgiens an Deutschland einen Programmpunkt der deutschen Politik gebildet. Die belgische Frage kann in ihren Einzelheiten erst durch die Kriegs- und Friedensunterhandlungen geordnet werden. Solange unsere Gegner sich nicht rückhaltlos auf den Boden stellen, daß die Integrität des Gebietes der Verbündeten die einzige mögliche Grundlage für Friedensbesprechungen bieten kann, muß ich eine Vorwegnahme der belgischen Angelegenheit aus der Gesamtdiskussion ablehnen.

Von einer Abtretung von Reichsgebieten kann nie und nimmer die Rede sein. Das Reichsland, das sich immer mehr dem Deutschtum innerlich angegliedert hat, das sich in hocherfreulicher Weise wirtschaftlich immer mehr fortentwickelt, und in dem mehr als 87 Prozent die deutsche Muttersprache sprechen, werden wir uns von den Feinden unter irgend welchen schönen Redensarten nicht wieder abnehmen lassen. (Lebhaftes Bravo!)

Punkt 8: Befreiung des französischen Territoriums. Die okkupierten Teile Frankreichs sind ein wertvolles Faustpfand in unserer Hand. Auch hier bildet die gewaltsame Angliederung keinen Teil der amtlichen deutschen Politik. Die Bedingungen und Modalitäten der Räumung, die den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen, sind zwischen Deutschland und Frankreich zu vereinbaren.

Punkt 9—11: Italienische Grenze, Nationalitätenfrage der Donaumonarchie, Balkanstaaten. Hier werden größtenteils die Interessen unseres Verbündeten Oesterreich-Ungarns überwiegen. Wo deutsche Interessen im Spiele sind, werden wir sie aufs nachdrücklichste wahren. Die treue Waffenbrüderschaft, die sich im Kriege so glänzend bewährt hat, muß auch im Frieden nachwirken, und so werden wir auch unsererseits alles daran setzen, daß für Oesterreich-Ungarn ein Frieden zustande kommt, der den berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt.

Punkt 12: Türkei. Auch hier möchte ich unserem treuen, tapferen und mächtigen Bundesgenossen in keiner Weise vorgreifen. Die Integrität der Türkei und die Sicherung ihrer Hauptstadt sind wichtige Lebensinteressen auch des deutschen Reiches. Unser Verbündeter kann hierin stets auf unseren nachdrücklichsten Beistand rechnen.

Punkt 13: Polen. Nicht die Entente, sondern das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn haben die Polen vom zaristischen Regiment befreit. So möge man es auch Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Polen überlassen, sich über die zukünftige Gestaltung dieses Landes zu einigen. Wir sind durchaus auf dem Wege hierzu.

Der letzte Punkt behandelt den Verband der Völker. Ich stehe jedem Gedanken sympathisch gegenüber, der die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Kriegen auszuschalten und das friedliche und harmonische Zusammenarbeiten der Völker fördern will. Wenn der von Wilson angeregte Gedanke des Verbandes der Völker wirklich im Geiste vollkommener Gerechtigkeit und Vorurteilslosigkeit gefaßt ist, so ist die kaiserliche Regierung gerne bereit, wenn alle anderen schwebenden Fragen geregelt sein werden, einer Prüfung der Grundlagen eines solchen Völkerbundes nahe zu treten.

Wir müssen uns fragen, ob aus all' diesen Reden und Vorschlägen von Lloyd George und Wilson

wirklich ein ernstlicher, ehrlicher Friedenswille

entgegentritt. Sie enthalten gewisse Grundsätze, denen auch wir zustimmen können und die Ausgang und Zielpunkte für Verhandlungen bilden könnten. Wo aber konkrete Fragen zur Sprache kommen, die für uns und unsere Verbündeten von entscheidender Bedeutung sind, da ist ein Friedenswille weniger bemerkbar. Unsere Gegner wollen Deutschland nicht vernichten, aber zielen begehrlich nach Teilen unserer und unserer Verbündeten Länder, und immer wieder dringt die Auffassung durch, als seien wir die Schuldigen, die Buße tun und Besserung geloben müßten. So spricht immer noch der Sieger zu dem Besiegten. Von diesem Standpunkt, von dieser Täuschung sollen sich die Führer der Entente zuerst los machen.

Unsere militärische Lage war niemals so günstig

wie sie jetzt ist. (Bravo!) Unsere genialen Heerführer sehen mit unverminderter Siegeszuversicht in die Zukunft. Durch die ganze Armee geht ungebrochene Kampfesfreude. Ich erinnere an mein Wort vom 29. Dezember: Unsere wiederholt ausgesprochene Friedensbereitschaft, der Geist der Versöhnlichkeit darf kein Freibrief für die Entente sein, den Krieg immer weiter zu verlängern. Zwingen uns unsere Feinde hierzu, so haben sie die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen.

Wenn die Führer der feindlichen Mächte also wirklich zum Frieden geneigt sind, so mögen sie

ihr Programm nochmals revidieren.

Wenn sie uns mit neuen Vorschlägen kommen, dann werden wir sie auch ernstlich prüfen, denn unser Ziel ist kein anderes, als die Wiederherstellung eines dauernden, allgemeinen Friedens. Dieser ist aber solange nicht möglich als die Integrität des Deutschen Reiches, die Sicherung seiner Lebensinteressen und die Würde unseres Vaterlandes nicht gewahrt bleiben. Im Ziele, meine Herren, sind wir alle einig (Lebhaftes Bravo), über die Methoden kann man verschiedener Meinung sein. Aber lassen wir jetzt alle diese Meinungsverschiedenheiten zurücktreten, gehen wir zusammen, Regierung und Volk, und der Sieg wird unser sein. Ein guter Friede wird und muß kommen. Das deutsche Volk erträgt in bewundernswerter Weise die Leiden und Lasten des Krieges. Ich denke besonders an die kleinen Handwerker und die gering besoldeten Beamten. Aber diese Männer und Frauen wollen aushalten und durchhalten. In politischer Reife lassen sie sich nicht von Schlagworten betören, wissen sie zu unterscheiden zwischen den Realitäten des Lebens und glückverheißenden Träumen. Ein solches Volk kann nicht untergehen. Gott ist mit uns und wird auch fernerhin mit uns sein. (Lebhaftes Bravo!)

*

Rede des Grafen Czernin.

Wien, 24. Januar.

Im Ausschuß für Aeußeres der österreichischen Delegation hielt heute der Minister des Aeußern Graf Czernin eine Rede, in der er eingangs betonte, daß jene, welche

den Verlauf der Verhandlungen von Brest-Litowsk

anscheinend zu langsam fänden, sich auch nicht annähernd eine Vorstellung von den Schwierigkeiten machen könnten, die zu beheben seien. Niemals hätten Friedensverhandlungen bei offenen Fenstern stattgefunden, und es sei ganz ausgeschlossen, daß Verhandlungen von Umfang und Tiefe der jetzigen glatt und ohne Schwierigkeiten verlaufen könnten. Wenn, fuhr der Minister fort, das Ergebnis der verschiedenen Verhandlungsstadien in die Welt hinausstelegraphiert wurde, so mußte dies, darüber waren wir uns von vornherein im klaren, die öffentliche Meinung aufpeitschen. Wenn wir trotzdem dem Wunsche der russischen Regierung nach dieser Veröffentlichung sofort stattgaben, so geschah dies, weil wir nichts zu verstecken hatten. Die Basis, auf der Oesterreich-Ungarn mit den verschiedenen neuerstandenen russischen Reichen verhandelt, ist die

ohne Kompensationen und ohne Annexionen.

Das war mein Programm schon vor einem Jahre, und ich habe der Oeffentlichkeit niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß ich mich nie auch nur um Haaresbreite von diesem Wege abbringen lassen würde. Ich verlange keinen Quadratmeter und keinen Kreuzer von Rußland, und wenn, wie es scheint, Rußland auf dem gleichen Standpunkt steht, dann muß der Friede zustande kommen. Wenn unsere russischen Kompaziszenten von uns eine Gebietsabtretung oder eine Kriegsentschädigung verlangten, so würde ich den Krieg fortsetzen trotz des Friedenswunsches, den ich genau so gut habe, wie Sie, oder ich würde zurücktreten, wenn ich mit meiner Ansicht nicht durchdringen könnte.

Der Minister besprach dann

die zwei größten Schwierigkeiten,

welche die Gründe enthielten, warum die Verhandlungen nicht so schnell verliefen, wie alle wünschen. Die erste Schwierigkeit sei, daß mit verschiedenen neuentstandenen russischen Reichen statt mit einem russischen Kompaziszenten verhandelt werden müsse. Es käme hier in Betracht das von Petersburg geleitete Rußland, unser eigentlicher neuer Nachbarstaat, die große Ukraine, Finnland und der Kaukasus. Diesen vier russischen Kompaziszenten standen die vier Mächte gegenüber. Wir, fuhr der Minister fort, haben es in erster Linie mit der großen Ukraine zu tun, mit der wir uns auf der vorerwähnten annexions- und kompensationslosen Basis einigten.

Wie die Sache heute steht,

weiß ich nicht, denn ich erhielt gestern aus Brest-Litowsk zwei Telegramme, in deren einem mitgeteilt wird, daß Herr Joffe in seiner Eigenschaft als Präsident der russischen Delegation an die Delegation der vier verbündeten Mächte ein Zirkularschreiben richtete, worin er bekannt gibt, daß die Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik beschlossen habe, zwei Delegierte nach Brest-Litowsk mit dem Auftrag zu entsenden, an den Friedensverhandlungen als Vertreter des Zentralkomitees der allukrainischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, jedoch innerhalb der russischen Delegation als ergänzender Bestandteil derselben teilzunehmen. Herr Joffe fügte die Bereitwilligkeit der russischen Delegation hinzu, diese ukrainischen Vertreter in ihren Bestand aufzunehmen.

Vorstehende Mitteilung ist die Kopie einer aus Charkow datierten, an den Vorsitzenden der russischen Friedensdelegation gerichteten Erklärung beigeschlossen, in welcher bekannt gegeben wird, daß die Kiewer Zentralrada lediglich die besitzenden Klassen vertrete und infolgedessen nicht namens des ganzen ukrainischen Volkes handeln könne. Die ukrainische Arbeiter- und Bauernregierung erklärt, daß sie etwaige, ohne ihr Zutun zustande kommende Abmachungen der Delegierten der Kiewer Zentralrada nicht anerkenne und sich ihrerseits entschlossen habe, Vertreter nach Brest-Litowsk zu entsenden, die dort als ergänzende Bestandteile der russischen Delegation aufzutreten haben.

Der Minister verlas sodann den Wortlaut der deutschen Uebersetzung des russischen Originaltextes des gestern abend erhaltenen Schreibens des Herrn Joffe in der Angelegenheit der Delegierten der Charkower ukrainischen Regierung und erklärte anschließend, daß die österreichisch-ungarische Regierung in Zukunft die Friedensunterhandlungen zusammen mit den Delegierten des Vierbundes mit der russischen Friedensdelegation führen werde, und zwar in voller Uebereinstimmung mit dem Rate der Volkskommissare, folglich auch mit der Delegation der russischen Arbeiter- und Bauernregierung.

Bezüglich Polens,

dessen Grenzen noch nicht genau fixiert sind, wünschen wir, daß seine Bevölkerung frei und unbeeinflußt ihr eigenes Schicksal wählt. Wir wünschen nur den freiwilligen Anschluß Polens, und ich halte unwiderruflich an dem Standpunkte fest, daß die polnische Frage den Friedensschluß nicht um einen Tag verlängern darf. Sucht es nach Friedensschluß eine Anlehnung an uns, so werden wir es gerne aufnehmen. Ich hätte es gerne gesehen, wenn die polnische Regierung an den Verhandlungen hätte teilnehmen können, denn meiner Auffassung nach ist Polen ein selbständiger Staat. Die Petersburger Regierung spricht der polnischen Regierung dagegen die Berechtigung ab, im Namen ihres Landes zu sprechen. So wichtig diese Frage ist, noch wichtiger ist die Beseitigung aller den Abschluß des Friedens verzögernden Schwierigkeiten.

Die zweite Schwierigkeit

ist unleugbar die Meinungsdifferenz unserer deutschen Bundesgenossen mit der Petersburger Regierung über die Interpretation des Selbstbestimmungsrechtes der russischen Völker der von den deutschen Truppen besetzten Gebiete. Diese Meinungsdifferenz ist eine doppelte. Deutschland steht auf dem von der russischen Regierung vorerst noch abgelehnten Standpunkte, daß die zahlreich erfolgten Willensäußerungen nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit seitens gesetzgebender Körperschaften usw. in den besetzten Provinzen als provisorische Grundlage für die Volksmeinung zu gelten hätten, die nachher durch ein Volksvotum auf breiter Basis zu überprüfen seien. Zweitens besteht die Meinungsdifferenz in dem Verlangen Rußlands, daß dieses Volksvotum erst nach dem Rückzug sämtlicher deutscher Truppen und Verwaltungsorgane aus den okkupierten Provinzen stattfindet, wogegen Deutschland darauf hinweist, daß eine solche Evakuierung dann ein Vacuum schaffen würde, das den Ausbruch vollständiger Anarchie und größter Not hervorrufen würde. Die plötzliche Zurückziehung des von den Deutschen geschaffenen großen Apparates, der in den besetzten Gebieten das staatliche Leben ermöglicht, erscheint praktisch unhaltbar. Bei beiden Fragen muß ein Mittelweg gefunden werden. Meiner Meinung nach sind die Differenzen bei beiden Standpunkten nicht groß genug, um ein Scheitern der Verhandlungen zu rechtfertigen.

Sind wir erst mit den Russen zum Frieden gekommen, so ist meines Erachtens

der allgemeine Frieden nicht mehr lange zu verhindern,

trotz der Anstrengungen der westlichen Entente-Staatsmänner. Die Furcht vor dem allgemeinen Frieden ist meiner Ueberzeugung nach im Verschwinden begriffen, und es ist nur eine Frage des Durchhaltens, ob wir einen allgemeinen ehrenvollen Frieden erhalten oder nicht. Hierin hat mich das von Wilson an die ganze Welt gerichtete Friedensangebot bestärkt, in dem ich eine bedeutende Annäherung an den österreichischen Standpunkt finde. Unter seinen Vorschlägen sind einzelne, denen wir sogar mit großer Freude zustimmen können. Auf diese Vorschläge erkläre ich zunächst, daß ich getreu den übernommenen Bundespflichten für die Verteidigung der Bundesgenossen bis zum äußersten zu gehen fest entschlossen bin. Den vorkriegerischen Besitzstand unserer Bundesgenossen mit dem eigenen zu verteidigen, ist der Standpunkt innerhalb der vier Alliierten bei vollständiger Reziprozität. Die Ratschläge, wie wir bei uns im Innern zu regieren haben, muß ich höflich aber entschieden ablehnen.

Der Redner besprach sodann die einzelnen Punkte des Friedensangebots von Wilson, wobei er der Meinung Ausdruck gab, daß vielleicht ein Gedankenaustausch zwischen Amerika und Oesterreich-Ungarn zum Ausgangspunkt für eine versöhnliche Aussprache zwischen den Staaten werden könnte, die bisher noch nicht in Besprechungen eintraten.

Zum Schluß seiner Ausführungen

warnte Graf Czernin vor übereilten Handlungen.

Er führte dabei aus:

Wenn Sie uns in den Rücken fallen und mich zu einem Abschluß Hals über Kopf zwingen, dann geht unsere Bevölkerung des Vorteils des Friedensschlusses verlustig. Es handelt sich nicht mehr in erster Linie um die Beendigung des Krieges an der ukrainischen Front, denn dieser ist menschlicher Berechnung nach überhaupt zu Ende, da weder die Ukraine noch wir den Krieg fortzusetzen beabsichtigen und uns auf der annexionslosen Basis einigten. Wir sind in keiner Lage, in der wir lieber heute einen schlechten Frieden ohne wirtschaftliche Vorteile, als morgen einen guten mit wirtschaftlichen Vorteilen schließen müssen. Die Ernährungsschwierigkeiten entspringen letzten Endes nicht dem Mangel an Nahrungsmitteln, sondern der zu behebenden Kohlen-, Transport- und Organisationskrise. Mit Streiks schneiden wir uns ins eigene Fleisch und beschleunigen durch solche Mittel den Frieden nicht. Wenn Sie eine Regierung hätten, die aus Eroberungsabsichten den Krieg verlängert, so wäre ein Kampf des Hinterlandes gegen die Regierung von dessen Standpunkt aus verständlich. Da aber die Regierung genau dasselbe will, wie die Majorität der Monarchie selbst, die baldigste Erreichung des ehrenvollen Friedens ohne annexionistische Ziele, so wäre es Wahnsinn, ihr in den Rücken zu fallen. Entweder haben Sie Vertrauen zu mir, die Friedensverhandlungen weiterzuführen, dann müssen Sie mir helfen, oder Sie haben es nicht, dann müssen Sie mich stürzen.

Es soll die Vertrauensfrage vorgelegt werden,

und wenn ich die Majorität gegen mich habe, so werde ich sofort daraus die Konsequenzen ziehen. Mich hält nichts an diesem Platz als das Pflichtgefühl, so lange zu bleiben, wie ich das Vertrauen des Kaisers und der Majorität der Delegation habe. Kein Minister des Aeußern aber kann Verhandlungen von dieser Tragweite führen, wenn nicht alle Welt weiß, daß er durch das Vertrauen der Majorität der verfassungsmäßigen Korporationen getragen ist. Es geht uns Ganze. Sie haben Vertrauen oder Sie haben es nicht. Sie müssen mir helfen oder mich stürzen, ein drittes gibt es nicht.

*

Die Debatte über die Reichskanzlerrede.

WB. Berlin, 25. Jan. Zu der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages waren Mitglieder des Bundesrates und des Reichstages in ungemein großer Zahl erschienen. Mit dem Reichskanzler wohnte der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums Dr. Friedberg und eine Reihe von Staatssekretären den Verhandlungen bei.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung hielt Reichskanzler Graf Hertling die bereits gemeldete Rede.

Nach ihm sprach als erster Redner der Zentrumsabg. Trimborn. Er begrüßte die Erklärung des Reichskanzlers in allen ihren Teilen. Zweifellos waren die letzten Reden Lloyd Georges und Wilsons im Tone milder. Unannehmbar sind die Forderungen der Wilsonschen Rede bezüglich Elsaß-Lothringens. Der Regelung der belgischen Frage stehen bei loyalster Durchführung des Programms, nicht zu annektieren, unüberwindliche Schwierigkeiten nicht entgegen. Dem Staatssekretär v. Kühlmann sprechen wir aufrichtigen Dank aus. Tief bedauerlich ist, daß

annexionistische Presse unseren Unterhändlern in den Rücken gefallen ist. Die Rede des Generals Hoffmann hat starke politische Wellen geschlagen. Ich nehme an, daß er im Einvernehmen mit der diplomatischen Vertretung gehandelt hat. Was den Ton anlangt, so wär es nur am Platze, den Bolschewikis gegenüber einmal ein ernstes Wort zu sagen. Was den materiellen Inhalt der dortigen Verhandlungen betrifft, so ist ihre Voraussetzung das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Davon ist festgehalten worden. Die militärische Räumung kann durchgeführt werden, wenn die Sicherung uns gegenüber das zuläßt und die inneren Verhältnisse der fraglichen Gebiete das gestattet. Im Namen meiner Fraktion kann ich erklären, daß wir die Pflege und den Ausbau unserer Freundschaft mit der Donaumonarchie als unsere vornehmste politische Aufgabe betrachten.

Abg. Scheidemann (Soz.) wendet sich gegen die Treibereien der Alldeutschen und der annexionistischen Presse. Die Erklärung der Unterhändler vom 27. Dezember 1917 in Brest-Litowsk wäre besser nicht erfolgt. Er glaube nicht, daß sie durch den Staatssekretär von Kühlmann oder den Grafen Czernin veranlaßt worden sei. General Hoffman sei ein glänzender Soldat, und auch politisch anderen voraus, in Brest-Litowsk aber sei er elend entgleist. Seine Rede sei in Oesterreich der Anlaß zum Streik gewesen. Das Militär sollte sich da betätigen, wo es seine Aufgabe zu erfüllen habe. Ein baldiger Frieden kann geschlossen werden nach dem Grundsatz: „keine Annexionen und keine Kontributionen!" Die Wilsonsche Rede scheine dafür ebenfalls die Handhabe zu bilden. Man sollte also nicht sagen, daß Wilson den Frieden nicht wolle. Elsaß-Lothringen sei deutsch und müsse deutsch bleiben. Die Lösung der belgischen Frage werde die elsaßische Frage von selbst ausschalten. Die Zeit der Verhandlungen mit Amerika und England sei gekommen. Die von dort ausgestreckten Fühler dürfen nicht zurückgewiesen werden. Die Bedingungen Wilsons anzunehmen, könne man niemand in Deutschland zumuten. Auf beiden Seiten müsse man die Illusionen aufgeben.

Abg. Fischbeck (F. Vp.): Das deutsche Volk will mit den Treibereien der Alldeutschen gegen unsere Unterhändler in Brest-Litowsk nichts gemein haben. Ohne das Selbstbestimmungsrecht der Völker wäre ein Verhandeln mit Rußland nicht möglich gewesen. Zur Selbstständigkeit Polens ist durch die Proklamationen der beiden Kaiserreiche der Weg bereitet worden. Jetzt kann nicht plötzlich eine andere Politik eingeleitet werden. Die Ostvölker haben den Willen zur Selbständigkeit, ihn zu unterstützen, insbesondere durch Ausbau der Volksvertretung, erscheint uns notwendig. Die Zurückziehung der Truppen ist nicht ohne weiteres möglich. Ich kann es nicht glauben, daß, nachdem die deutsche Politik programmatisch festgelegt ist, ein Offizier sich dem widersetzt und seinen Abschied einreichte, wie ausgesprengt wurde. Hinter dieser Aktion haben aber militärische Kreise gestanden, nicht General Ludendorff. In Oesterreich muß man wissen, daß wir einen Verständigungsfrieden und nicht einen Gewaltfrieden wollen. Ein wesentlicher Teil der Wilsonschen Forderung stimmt mit dem überein, was der Reichskanzler verlangt hat. Von größter Wichtigkeit ist eine Verständigung über die belgische Frage. Eine elsaß-lothringische Frage gibt es nicht für uns. Daß deutsche Gebiete an Polen kommen sollen, davon kann ebensowenig die Rede sein. Die Unversehrtheit unseres Gebietes muß unter allen Umständen garantiert werden. Sobald das Wilson erklärt, wird eine Verhandlungsgrundlage gefunden werden, sonst nicht. Wir stehen Schulter an Schulter mit unseren Verbündeten.

Abg. Stresemann (Ntl.): Eine Auseinandersetzung zwischen Anhängern des Verständigungsfriedens und des Machtfriedens ist im Gange. Hierin kann man Scheidemann zustimmen, nicht aber seinen Ausführungen über die Lage Englands. Die englische Regierung hütet sich, irgend welche genauere Angaben über den volkswirtschaftlichen Zustand ihres Landes bekannt zu geben. Englische Zeitungen aber sagen, daß ihr die Lebensmittel geschwunden sind. Wie schwer die Versorgung des Volkes geworden ist. Das die Wirkung des U-Boot-Krieges die der Abg. Scheidemann nicht hoch eingeschätzt hat. Auch die australische Regierung hat anerkannt, daß es nicht gut bestellt ist in England. Ich bedauere, daß bei uns die leitenden Staatsmänner sich so selten öffentlich zu den Reden feindlicher Staatsmänner äußern. Unser Volk ist fortgesetzt dem Einfluß dieser Staatsmänner ausgesetzt, dem muß entgegengetreten werden. Die Abwehr darf nicht allein den Zeitungen überlassen werden. In der Rede Lloyd Georges ist eine Friedensneigung nicht zu sehen. Er erklärt, bis zum Tode an Frankreichs Seite für die Gewinnung Elsaß-Lothringens zu kämpfen. In den 14 Punkten des Wilsonschen Friedensprogramms ist viel Sentimentalität. Die elsaß-lothringische Frage ist für uns undiskutabel, kann auch nicht auf einem internationalen Kongreß behandelt werden.

Die Integrität der Türkei ist zu wahren. Der Reichskanzler hat gesagt, wir erstreben keine Annexion Belgiens. Das deckt sich mit dem, was meine Freunde wünschen, wie schon Abgeordneter Bassermann seiner Zeit ausgeführt hat. Die vlämische Bewegung geht aber auf Selbständigkeit. Diese Bewegung zu unterstützen, sollte sich die Regierung angelegen sein lassen. Das Verhalten eines Teils der Presse gegenüber den Verhandlungen in Brest-Litowsk, die Kritik unserer Unterhändler war unberechtigt und unseren Interessen schädlich. Gegen die Politik des 5. Dezember 1916 bezüglich Polens haben wir schon früher die ernstesten Bedenken erhoben und jede Verantwortung dafür abgelehnt. Was die Frage des Selbstbestimmungsrechts mittels eines gleichen Wahlrechts anlangt, so ist zu bedenken daß die politische Schulung in Litauen nicht vorhanden ist, daß es dort 70 bis 80 Prozent Analphabeten gibt. Die verfassungsmäßige Vertretung, die beim Eintritt in Friedensverhandlungen in den östlichen Grenzlanden bestand, muß genügen für den Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts. Das Verhalten der russischen Regierung durch ihre Funksprüche usw. ist unerhört. General Hoffman hat mit seiner Rede in Brest-Litowsk nicht etwa Friedensobstruktion getrieben, sondern hat sich gegen die überhebende Art der russischen Vertreter gewandt. Daß eine Uebereinstimmung mit der politischen Leitung dabei bestanden hat, ist zugegeben worden. Ich kann nicht zugeben, daß die Militärs in politischen Dingen nichts zu sagen haben. Das Bündnis mit Oesterreich aufrechtzuerhalten, ist selbstverständlich. Es ist aber unangemessen, wenn das offiziöse „Fremdenblatt" in unsere inneren Verhältnisse sich einzumischen sucht. Ich hätte auch nicht erwartet, daß in einem österreichischen Parlament Ausführungen uns gegenüber gemacht würden, die verletzend sind. Deutschland kann seine Leistungen für und mit Oesterreich dem Urteil der Welt sehr wohl unterbreiten. Wir alle wollen den allgemeinen, baldigen Frieden. Wir und unsere Regierung sind nicht schuld, daß er nicht schon längst da ist.

Die Weiterberatung vom Freitag vormittag. Als erster Redner wird Staatssekretär v. Kühlmann sprechen. Die Besprechung der politischen Fragen soll nach Mitteilung des Vorsitzenden in dieser Woche beendet werden. Alsdann soll eine Verhandlungspause eintreten vorbehaltlich der Zustimmung des Aeltestenausschusses.

Aus dem Reich.

Die Folge der Vertrauensseligkeit.

Die „Verbrauchswirtschaft im Kriege" schreibt: Was dabei herauskommt, wenn man Getreide und Kartoffeln zu lange den Produzenten zur „pfleglichen" Behandlung überläßt, zeigt ein Notschrei der Stadt Trier, die inmitten reicher Kartoffelgebiete liegt. Unter dem 2. Januar wird aus Trier berichtet, daß der zur Lieferung verpflichtete Landkreis von 177 292 Zentnern Kartoffeln bisher nur die Hälfte angeliefert hat. Der Rückstand ist nicht etwa, wie man jetzt meistens so gern bei allen Gelegenheiten behauptet, auf Transportschwierigkeiten zurückzuführen, sondern die Kartoffeln sind einfach verschwunden und die Stadt Trier, die an die „Sicherstellung" ihrer Kartoffelmenge glaubte, sieht sich genötigt, auf die Suche nach einem anderen Lieferungskreis zu gehen. Hoffentlich erleben wir nicht noch mehr derartige Fälle. Die Verantwortung für diese unerhörten Zustände fällt ganz allein auf das Kriegsernährungsamt, das von allen Seiten und erst kürzlich wieder durch eine Eingabe der freien Gewerkschaften wie auch des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen auf die notwendige Folge allzugroßer Vertrauensseligkeit in bezug auf die Kartoffelaufbewahrung in den Mieten der Landwirte aufmerksam gemacht worden ist.

Ein neuer Beweis von den Vorzügen der Selbstversorgung mittels Bezugsscheinverfahrens, durch das in Baden solchen Zwischenfällen vorgebeugt wurde.

Erste Vollsitzung des deutschen Industrierates.

WTB. Berlin, 23. Jan. Mit Rücksicht auf die in Aussicht stehenden gesetzgebenden Maßnahmen für die Wiederaufnahme der Friedensarbeit wird der am 25. Oktober 1916 vom Zentralverband Deutscher Industrieller, vom Bund der Industriellen und dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands gegründete deutsche Industrierat am Samstag, den 16. Februar d. J. seine erste Vollsitzung abhalten und damit seine den gesamten Interessen der deutschen Industrie gewidmete Tätigkeit aufnehmen. Der Deutsche Industrierat ist die Fortsetzung der kriegswirtschaftlichen Tätigkeit des Kriegsausschusses der deutschen Industrie. Er ist zu gemeinschaftlicher Friedensarbeit berufen und besteht aus 64 führenden Persönlichkeiten einer staatlichen Organisation der deutschen Industrie. Neben Referaten über die Uebergangswirtschaft, Steuerpolitik und industrielle Interessenvertretung wird in erster Linie die Bildung und Zusammensetzung eines preußischen Industrie-Ausschusses als Repräsentationskörper für die Wahl zum preußischen Herrenhaus gemäß Par. 11 des Gesetzentwurfes über die Zusammensetzung des Herrenhauses zur Beschlußfassung stehen.

Aus dem Großherzogtum.

Amtliche Nachrichten.

* Der Großherzog hat die Kammerjunker: Dr. Friedrich von Seubert, Oberamtmann a. D. in Mannheim, Dr. Werner Freiherrn von Grünau, Legationsrat und ständigen Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt, Egenolf Freiherrn Röder von Diersburg, Kabinettsrat Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin, Dr. Alexander Freiherrn von Dusch, Regierungsrat in Namur, Viktor Freiherrn Huber von Gleichenstein in Bürgeln bei Kandern, Emil Freiherrn von Gemmingen-Fürfeld, Oberamtmann und Sekretär im Ministerium des Innern, Richard Freiherrn von und zu Bodman, Bankdirektor in Karlsruhe, Willibald von Seyfried, Regierungsrat bei der Reichsversicherungsanstalt in Berlin, zu Kammerherren, ferner die Hofjunker: Hans von Frankenberg und Ludwigsdorf, Gerichtsassessor, z. Zt. Hauptreferent beim Polizeipräsidium in Lodz, Adolf von Hofer, Amtsrichter in Mannheim, Dr. Fritz Freiherrn Marschall von Bieberstein, Professor in Tübingen, Dr. Hugo Freiherrn von Babo, Regierungsassessor in Karlsruhe, Theodor Freiherrn von Glaubitz und Altengabel, Gerichtsassessor in Lahr, zu Kammerjunkern ernannt.

* Der Großherzog hat der Frau Hertha Jay geb. Freiin von Seldeneck in Frankfurt a. M. und der Frau Hedwig Marx geb. Kirsch in Mannheim das Kriegsverdienstkreuz verliehen.

* Der Großherzog hat den Nachbenannten die Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihnen vom Kaiser verliehenen Rote-Kreuz-Medaille 3. Klasse erteilt: dem Kaufmann Eugen Baumann in Karlsruhe, dem Geh. Oberregierungsrat Anton Beck in Karlsruhe, dem Maurerpolier Albert Meinzer in Knielingen, dem Spiritual Andreas Schmider in Freiburg, dem Werkschreiber Karl Schmidt in Karlsruhe, dem Fabrikanten Emil Weber in Rastatt sowie der Frau Botschafter und Staatsminister Marie Freifrau Marschall von Bieberstein, Witwe, in Neuenshausen bei Freiburg.

* Der Großherzog hat auf die katholische Pfarrei Schluchsee, Dekanats Neustadt, den Pfarrverweser August Hermann daselbst ernannt.

* Der Großherzog hat die Regierungsassessoren Karl Dold aus Villingen und Wilhelm Pfisterer aus Wiesloch unter Verleihung des Titels Amtmann, ersteren dem Bezirksamt Emmendingen, letzteren dem Bezirksamt Karlsruhe als Beamte beigegeben.

* Das Ministerium des Innern hat den Verwaltungsaktuar Joseph Boh beim Bezirksamt Lahr zum Amtsaktuar ernannt.

*

+ Karlsruhe, 25. Jan. Das badische Unterrichtsministerium hat auch jetzt wieder gestattet, daß Schüler und Schülerinnen der Volksschule, die an Ostern zur Entlassung kommen, schon am 1. Februar vom Unterricht befreit werden können, wenn sie im landwirtschaftlichen, kaufmännischen oder gewerblichen Betrieb dringend benötigt werden. Weiterhin hat das Unterrichtsministerium wiederum die Beurlaubung von Schülern der Volksschule gestattet, wenn diese im Geschäft ihrer Eltern oder zur Verhütung der Not in ihren Familien von diesen dringend benötigt werden. Bei dieser Beurlaubung handelt es sich um Schüler oder Schülerinnen, welche die Volksschule acht Jahre mit Erfolg besucht haben und dem obersten achten Schuljahr angehören, das erforderliche Entlassungsalter aber noch nicht erreicht haben.

() Bühl, 23. Jan. Viehgroßhändler Heinrich Wertheimer in Berlin-Mannheim hat der Stadtgemeinde 5000 M zur Unterstützung bedürftiger Angehöriger von Kriegsteilnehmern, der Kriegsteilnehmer selbst oder ihrer Hinterbliebenen überwiesen.

() Singen, 22. Jan. Der Gemeinderat Singen hat wegen der Errichtung eines Amtsgerichtes in Singen den Landständen eine ausführliche Petition eingereicht, die von der Zweiten Kammer der Kommission für Justiz und Verwaltung und von der Ersten Kammer der Haushaltungskommission überwiesen wurde.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 25. Januar 1918.

= Aus dem Hofbericht. Der Großherzog hörte gestern die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb, des Geheimerats Dr. Freiherrn von Babo und des Präsidenten Dr. von Engelberg.

= Die Kaisergeburtstagsfeier in den Schulen soll nach einer Anordnung des bad. Unterrichtsministeriums auch in diesem Jahr wieder am Samstag, den 26. Januar in schlichter Form abgehalten werden. Der Unterricht fällt am Samstag aus.

= Der Dezember 1917 ist nach den Feststellungen des bad. amtlichen Wetterbüros bei etwas zu geringer Bewölkung viel zu kalt und zu arm an Niederschlägen gewesen.

= Die Handelskammer Karlsruhe teilt mit, daß in ihrer Geschäftsstelle ein weiteres Verzeichnis von in feindlichem Auslande beschlagnahmten Gütern, deren Eigentümer bis jetzt nicht ermittelt werden konnten, sowie von solchen Gütern, die von der Reichsentschädigungskommission gesucht werden, zur Einsichtnahme aufliegt.

Na. Müllauslese. Die in das Gebiet des städtischen Tiefbauamts gehörige Arbeit der Müllabfuhr besteht nicht allein in der möglichst regelmäßigen Abholung und der Abfuhr des Inhalts der Mülleimer auf die Sammelplätze, sondern auch in der Auslese des abgeführten Mülls. Daß auf diese Weise so mancher in der Haushaltung nutzlos gewordene Gegenstand wieder verwertet werden kann, ist daraus zu ersehen, daß das Tiefbauamt im Jahre 1917 für seine Müllauslese eine Einnahme von 5858 M erzielt hat. Wenn auch dieser Einnahme eine Ausgabe von 4438 M gegenübersteht, die Reineinnahme also nur 1420 M beträgt, so ist es immerhin eine stattliche Wertsumme, die durch die Müllauslese erzielt worden ist. Ungünstig beeinflußt wurde das Ergebnis der Rein-Einnahme im letzten Jahr durch die Steigerung der Ausgaben für die Arbeit der Müllauslese, die durch Erhöhung des Taglohnes von 3685 M im Jahre 1916 auf 4438 M gestiegen sind. Die Müllauslese soll auch im laufenden Jahre fortgesetzt werden.

= Vorbereitungskurse für Kriegsbeschädigte. Das Großh. Landesgewerbeamt beabsichtigt, für solche Kriegsbeschädigte, die infolge ihrer Versetzung ihrem früheren Beruf nicht mehr nachgehen können und deshalb in einem andern — im vorliegenden Falle im kaufmännischen — Berufe Beschäftigung suchen, besondere Vorbereitungskurse abzuhalten. Dazu sollen aber nur solche Kriegsbeschädigte zugelassen werden, die sich sowohl durch ihre Fähigkeiten als auch ihre Vorbildung für eine kaufmännische Tätigkeit eigen, und die ganz vom Militärdienst befreit sind. Die Dauer des an der Karlsruher Handelsschule stattfindenden Kurses beträgt ungefähr 3 Monate bei etwa 35 Wochenstunden; er ist unentgeltlich; alle Lehrmittel werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Kosten für die Verpflegung trägt der Landesausschuß für Kriegsbeschädigte; die Wohnung hat der Teilnehmer sich selbst zu beschaffen; doch kann bedürftigen Kriegsbeschädigten eine Beihilfe zum Wohnungsgeld oder dessen gänzliche Bezahlung auf Ansuchen gewährt werden. Gesuche um Zulassung sind bis spätestens 15. Februar 1918 auf einem vom Großh. Landesgewerbeamt unentgeltlich erhältlichen Anmeldebogen an das Großh. Landesgewerbeamt, Abteilung II, in Karlsruhe zu richten. Außerbadische Teilnehmer haben auf die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Verpflegung dann Anspruch, wenn sie den schriftlichen Nachweis erbringen, daß der Landesausschuß ihrer Heimat die entstehenden Kosten übernimmt. Beginn des Kurses: 1. März 1918.

= Lehrlingsversicherung. Eine neue, dankenswerte Einrichtung hat der Landesverband der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen (Sitz Rastatt) mit seiner neuen Lehrlingsversicherung geschaffen. Diese Lehrlingsversicherung bezweckt, den Versicherten je nach Wahl ein Kapital von 500, 1000, 1500 oder 2000 M zur Gründung eines eigenen Geschäftes sicher zu stellen. Die Versicherungsdauer beträgt mindestens 10, höchstens 15 Jahre. Der jährliche Beitrag beläuft sich bei 10jähriger Beitragszahlung auf 42 M 65 ₰ bis 169 M 40 ₰, je nach Höhe der Versicherungssumme, bei 15jähriger Beitragszahlung ist jährlich 26 M 15 ₰ bis 104 M 50 ₰ zu zahlen.

Liederabend des Deutschen Kriegsmännerchors Laon. Der an der ganzen Westfront bekannte, von Professor Dr. Fritz Stein gegründete Kriegschor hat soeebn auf einer Konzertreise durch die Großstädte Westdeutschlands ganz außerordentliche Erfolge errungen; so sang er in Hannover im ausverkauften Kuppelsaal der Stadthalle vor 4000 Zuhörern, in Düsseldorf in einem Kirchenkonzert und in einem Vaterländischen Abend vor jeweils 3000 Hörern und in diesen beiden Städten sowohl, wie in Duisburg, Krefeld, Hildesheim, Köln usw. stellte die musikalische Fachkritik übereinstimmend die geradezu glänzenden, in klanglicher und musikalischer Kultur nicht zu übertreffenden Leistungen des Chores fest. Im benachbarten Heidelberg wirkte der Chor, nachdem er bereits am Samstag durch ein Kirchenkonzert veranstaltet hatte, am Montag im überfüllten Bachvereinskonzert mit solchem Erfolge mit, daß er für Heidelberg auf Donnerstag den 24. einen zweiten, bereits ebenfalls nahezu ausverkauften Liederabend ansetzen mußte. So steht zu erwarten, daß der durch viele hunderte von geistlichen und weltlichen Konzerten in der ganzen Armee populär gewordene Chor auch bei seinem Auftreten in Karlsruhe heute, Freitag den 25. ds. Mts., abends ½8 Uhr, im Museum Interesse beim Karlsruher musikfreudigen Publikum finden wird. Karten zu 3 M, 2 M, 1 M sind zu haben in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstr., Ecke Waldstr., sowie an der Abendkasse. Wie wir hören, werden auch der Großherzog und die Großherzogin dem Konzert anwohnen.

Letzte Drahtberichte.

)(Berlin, 25. Jan. Wie dem „Berl. L.-A." aus Bamberg gemeldet wird, verurteilte die Strafkammer den Getreidehändler Kreiler in Forchheim wegen Preiswucherns bei verbotswidrigen Malz- und Gerstenverkäufen zu 25000 M Geldstrafe.

Die deutschen Schiffe in Brasilien.

)(Berlin, 25. Jan. Aus Rio de Janeiro berichtet die „Voss. Ztg.", Deutschland habe durch Vermittlung der holländischen Gesandtschaft scharfen Einspruch gegen das französisch-brasilianische Abkommen über die Verwendung den deutschen Schiffe erhoben.

Die Lage in Irland.

WTB. Bern, 23. Jan. Nach Meldungen Lyoner Blätter erfuhren die „Times" aus Dublin, daß die Sinn Feiner-Partei die Frage der Unabhängigkeit Irlands einer Volksabstimmung unterwerfen wollen, an der alle Iren über 18 Jahre teilnehmen sollen. Am Montag verkündeten Maueranschläge in ganz Irland den Beschluß der Sinn Feiner-Partei, dem irischen Volke eine Petition zu unterbreiten, die von allen Nationen der Welt verlangt, daß bei der Zusammenkunft zur Reorganisation Europas nach dem Kriege Irland wieder zu einem unabhängigen Staate gemacht werde.

)(Berlin, 25. Jan. Nach [illegible] Meldungen in den Londoner Zeitungen vom Montag und [illegible] wurden in der irischen Hauptstadt das Bureau des [illegible]ungsvereins, das Bureau der unabhängigen Iren und das Zentralbureau der national-irischen Vereine durch die Landesbehörden geschlossen.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Geburten.

23. Jan.: Erwin, V: Friedrich Wilhelm Martin, Taglöhner; Clara Liselotte Ilse, V. Dr. Karl Hemmerdinger, prakt. Arzt; Elsa Martha, V. Theodor Schleifer, Drahtflechter.

Eheschließungen.

24. Jan.: Max Sulzberger von Bruchsal, Kaufmann hier, mit Klara Tiefenbronner von Königsbach; Hermann Dreher von hier, Schlosser hier, mit Barbara Kempf von Haslach; Wilhelm Graus von hier, Hausdiener hier, mit Anna Grimmig von Stadelhofen.

Todesfälle.

22. Jan.: Jakob Friedrich Leßle, Landwirt, Ehemann, 69 J. — 23. Jan.: Georg Neuer, Metzgermeister, Ehemann, 62 J.; Friedrich, 9 Tg., V. Julius Eberle, Gärtner; Richard, 1 J. 5 Mt. 18 Tg., V. Richard Fuchs, Goldschmied; Pauline Zilly, 69 J., Ehefrau von Christian Zilly, Schuhmachermeister; Hieronymus Fassot, Einkassierer, Ehemann, 44 J.; Marie, 1 J. 10 Mt. 21 Tg., V. Friedrich Häfner, Weichenwärter.

Die erste Auslosung der viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen.

Am 24. Januar hat zum ersten Male eine Auslosung der mit der 6. Kriegsanleihe neu geschaffenen viereinhalbprozentigen Deutschen Reichsschatzanweisungen stattgefunden. Es wurden folgende Gruppen zur Rückzahlung auf den 1. Juli 1918 durch das Los bestimmt:

Die Gruppen: Nr. 131, 287, 449 und 749.

Die Eigentümer der gezogenen Gruppen werden das Resultat mit nicht geringer Freude begrüßen; denn ihre im Frühjahr 1917 zum Preise von 98 vom Hundert bei der Zeichnung erworbenen Schatzanweisungen werden zum Nennwert zuzüglich eines Aufschlages von 10 Prozent am 1. Juli 1918 zurückgezahlt. In einem Zeitraum von noch nicht einem Jahre haben sie mithin außer der hohen Verzinsung einen Gewinn von 12 Prozent erlangt, oder, um die Rechnung noch deutlicher zu machen: Der Zeichnungspreis betrug für je 1000 Mark Schatzanweisungen ohne Berücksichtigung der Zinsen 980 ℳ, der Rückzahlungsbetrag beläuft sich auf 1100 ℳ, der Gewinn mithin auf 120 ℳ. Derartige Auslosungen werden in jedem Jahre zweimal vorgenommen, die nächste im Juli. Die dann stattfindende Ziehung wird indes nicht nur einen Teil der Eigentümer der mit der 6. Kriegsanleihe ausgegebenen Reichsschatzanweisungen zu glücklichen Gewinnern machen, sondern auch einen Teil der mit der 7. Kriegsanleihe herausgekommenen Schatzanweisungen. Die Schatzanweisungen der 7. Kriegsanleihe sollen denen der 6. völlig gleichwertig sein. Aus diesem Grunde ist seinerzeit bei der Ausgabe der Schatzanweisungen der 7. Kriegsanleihe bestimmt worden, daß ihre Auslosung nach demselben Plane erfolgt, wie die der 6. Anleihe, und daß die nach diesem Plane auf die Auslosung im Januar 1918 entfallende Zahl von Gruppen der 7. Anleihe im Juli 1918 mit ausgelost wird. Es findet mithin zu dem erwähnten Zeitpunkte erstens eine weitere Auslosung der Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe statt und ferner eine zweifache Auslosung von Schatzanweisungen der 7. Kriegsanleihe. Der hiermit winkende große Nutzen und die günstigen Aussichten, welche die dann von Halbjahr zu Halbjahr vorgesehenen Auslosungen bieten, dürften die Nachfrage für die bislang begebenen Schatzanweisungen steigern und, falls auch mit der 8. Kriegsanleihe Schatzanweisungen ausgegeben werden, das Zeichnungsresultat auf diese erhöhen.

Wenn man die Frage aufwirft, was werden die Eigentümer der im Juli zur Rückzahlung gelangenden Schatzanweisungen mit dem dann frei werdenden Gelde beginnen, so ist die Antwort leicht zu finden: Wer einmal den Auslosungsgewinn sichergestellt hat, der wird sich sagen, ich kann für mein Geld keine bessere Anlage finden, als von neuem Schatzanweisungen zu erwerben. So betrachtet, vermindert sich auf der einen Seite von Halbjahr zu Halbjahr durch die Auslosungen das Material an Schatzanweisungen jeder einzelnen Kriegsanleihe, während gleichzeitig immer von neuem eine Käuferschicht sich bildet, wodurch ein Wall gegen Kursrückgänge der Schatzanweisungen und ein Antrieb zu Kurssteigerungen entsteht. Wer jetzt bereits Geld flüssig hat, wird es am zweckmäßigsten bei einer vertrauenswürdigen Bank einzahlen mit der Bestimmung, daß das Geld zur Beteiligung an der achten Kriegsanleihe verwendet wird und, falls die 8. Kriegsanleihe wieder Schatzanweisungen bringt, zu Zeichnungen auf diese. Dabei darf noch daran erinnert werden, daß in späteren Jahren der Aufschlag bei der Auslosung der Schatzanweisungen nach dem früher bekannt gegebenen Tilgungsplan auf 15 und 20 Prozent steigen kann, die Rückzahlung mithin gegebenenfalls mit 115 und 120 Prozent erfolgt.

Die Neugestaltung der Volks- und Fortbildungsschule in Baden.

Die vom Bad. Lehrerverein ausgearbeitete, dem bad. Unterrichtsministerium, sowie der 1. und 2. Kammer unterbreitete Denkschrift über die Gestaltung der Volks- und Fortbildungsschule, die den Landständen und der Regierung bei Beratung des Gesetzes über die Aenderung des Fortbildungsschulwesens der Berücksichtigung empfohlen wird, enthält eine Reihe Leitsätze, denen wir die folgenden wichtigsten Punkte entnehmen:

Die Volks- und Fortbildungsschule bilden ein einheitliches Ganzes. Die Schulpflicht dauert vom 6. bis zum vollendsten 17. Lebensjahr; die Schuljahre beginnen und schließen an allen badischen Schulen zu gleicher Zeit. Die Volksschule gliedert sich in eine Unterstufe (1. bis 4. Schuljahr), Mittelschule (5. bis 8. Schuljahr) und in eine Oberstufe (9. bis 11. Schuljahr); in der letzteren sind Knaben und Mädchen durchweg getrennt zu unterrichten und es umfaßt die Oberstufe der Volksschule für Knaben landwirtschaftliche Klassen und gewerbliche Klassen und für Mädchen Klassen mit Haushaltungsunterricht. Es ist außerdem — entsprechend den nach der allgemein-bildenden Seite umzugestaltenden „landw. Winterschulen" für die männliche Jugend — die Errichtung von „hauswirtschaftlichen Winterschulen" für die weibliche Jugend ins Auge zu fassen. Der Unterricht auf der Oberstufe der Volksschule hat die religiös-sittliche, die geistige und künstlerische Bildung zu pflegen, das völkische Bewußtsein zu wecken, sowie die Grundlagen zur staatsbürgerlichen Erziehung zu legen. Zur Erlangung der notwendigen fachlichen Ausbildung sind zunächst für die Volksschullehrer besondere Lehrgänge einzurichten. In den Klassen mit Haushaltungsunterricht sind neben Lehrern besonders ausgebildete Volksschullehrerinnen zu verwenden. Für den Betrieb der Oberstufe der Volksschule ist die Jugendpflege einzugliedern. Zur Einführung in diese Jugendpflegearbeit sind ebenfalls für Volksschullehrer und -Lehrerinnen besondere Lehrgänge einzurichten.

Die Kontingentierung von Malz.

* Nachdem durch die Bundesratsverordnung vom 20. November 1917 über die Malzkontingente der Bierbrauereien und den Malzhandel die Uebertragung der Malzkontingente neu geregelt worden ist, hat das Ministerium des Innern durch die Verordnung vom 19. Januar 1918 neue Ausführungsbestimmungen zu der Bundesratsverordnung erlassen. Zuständig für die Genehmigung der Uebertragung im Großherzogtum ist das Landesgewerbeamt. Für die Uebertragung sind maßgebend die für das Gebiet der norddeutschen Brausteuergemeinschaft erlassenen Ausführungsbestimmungen mit der Aenderung, daß an die Stelle der Reichsgetreidestelle, Kontingentstelle, das Landesgewerbeamt tritt, das Verfahren, abgesehen von dem Ersatz für Porto und Telegrammgebühren, unentgeltlich ist und die Zahlung des Preises für das Kontingent und die mitzuliefernden Getreide- oder Malzmengen unmittelbar an die veräußernde Brauerei, vorbehaltlich des dem Landesgewerbeamt zu erbringenden Nachweises nach Regelung erfolgt.

Gegen Körperverletzungen

— Tod, Invalidität und vorübergehende Arbeitsunfähigkeit — sowie gegen Sachschäden, Gebäude, Einrichtungen, Waren und Mobiliar —

durch Flieger-Angriffe

versichert zu günstigen Bedingungen und **sehr geringen** Beiträgen

Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

in Frankfurt a. Main.

Aufnahmefähig ist jedermann, Männer, Frauen und Kinder.

Fabrikanten und Geschäftsinhaber versichern ihre Angestellten und Arbeiter besonders günstig.

Kostenlose Auskunft erteilen die Direktion, sowie die an allen grösseren Orten ansässigen Vertreter der Gesellschaft.

In Karlsruhe: 15008

W. Birg, Parkstraße 27, Telefon 1904.
W. Herrmann, Stephanienstr. 84, Telefon 1002.
L. Homburger, Amalienstraße 85.
Fr. Maisch, Inh. Fr. Baur, Akademiestraße 43, Telefon 587.
Reinh. Schneider, Hirschstraße 45, Tel. 1372.

Gute Leipziger

Pelze

Die noch vorhandene grosse Auswahl

ganz extra billig!

Besondere Gelegenheit

Ein Posten außergewöhnlich preiswerte

„Alaska" „Fuchs"-Pelze

Nur Karl-Friedrichstr. 6 1 Treppe
(neben Fa. Spiegel & Wels)
K. Schorpp. 1107

Kunsthandlung
SCHWARZ
Kaiserstr. 225
Oelgemälde
Karlsruher Künstler. 1081

Privatsekretärin.

Jüng. Fräulein aus guter Familie **sucht** Stellung als **Privatsekretärin**, am liebsten Gut od. dergl. Angebote unter Nr. 7003 an die Geschäftsstelle der Bad. Ldsztg.

Straßen- u. Fabrik-

Besen

ca. 8 cm. breit und 30 cm. lang
Postpakete. 2 u. 4 Stück, liefert noch prompt p. Nachnahme Stück **4.80 Mk.** exkl.
Verpackung unfrankiert, bei Dutzendabnahme franko incl. Verpackung. 8004

Besen- u. Bürsten-Industrie
Celle i. H. 350 Arbeiter.
Vertreter und Händler
überall gesucht.

Billig zu verkaufen:
Pack- und Brief-
Siegellack
à Pfd. Mk. 3.50, Probestange 80 Pfg., extra gute **Bleistifte von Faber** à Dtzd. Mk. 1.80. Die Bleistifte sind von vorzügl. Qualität. Noch Friedensware.
M. Hoffmann,
Frankfurt a. M., Spohrstraße 37.

Die besten Partien steh. i. d. deutschen **Heiratszeitung**
München 31, Ringseisstr. 12.
Diskret. Versand. Einzel.-Nr. 75 Pfg. oder vierteljährl. M. 2.50. 8603

Rentables Geschäft
verlegbar, **gibt ab: G. Mayenburg** in **Augsburg** G 185. Erforderlich 200 Mk. 7002

Städt. Arbeitsamt

Gesucht werden
Köchinnen für Privat
Mädchen für alles
Mädchen z. Anlernen
sowie
Stundenfrauen
für häusliche Arbeiten
für sofort oder später
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienst-Meldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100, II. Stock.

Geübte
Einlegerinnen für Buchdruck
sofort gesucht.
Hilfsdienst-Meldestelle Karlsruhe
(Städt. Arbeitsamt)
Zähringerstr. 100 II, Z. 11.

Die Städt. Brockensammlung
Baumeisterstr. 32
— Hinterhaus —
nimmt für die Bedürftigen der Stadt dankbar jede Gabe in Hausrat, Männer-, Frauen- und Kinder-Kleider, Wäsche, Stiefel rc. entgegen. 61

Nächste Badische Krieger-Geld-Lotterie
Ziehung am 1. Februar
3264 Geldgewinne u. 1 Präm. a. Geld
37 000 Mk.
Mögl. Höchstgewinn
20000 Mk.
3263 Geldgewinne
17 000 Mk.
Lose à 1 M. 11 Lose 10 M. Porto u. Liste 30 Pf.
empfiehlt Lotterieunternehm.
J. Stürmer 1088
Strassburg i. E., Langstr. 107
Filiale Kehl a. Rh., Hauptstr. 47
In Karlsruhe:
Franz Pecher, Zirkel 30, **Gewerbebank**
Carl Götz, Hebelstr. 11/15
E. Flüge und alle Losverkaufsstellen

Verkauf von Quark.

In den **Fettverkaufsstellen Nr. 65 bis 76** einschließlich kommt an die eingetragene Kundschaft von

Freitag, den 25. bis Montag, den 28. Januar 1918
einschließlich

Quark (weißer Käse) zum Verkauf u. zwar gegen die Lebensmittelmarke H Nr. 77. Die Kopfmenge beträgt ¼ Pfund. Der Preis für das Pfund ist auf 75 Pfennig festgesetzt.

Karlsruhe, den 24. Januar 1918. D 17

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Karlsruhe, Freitag, den 25. Januar 1918
abends 7½ Uhr
im Saale des Museums

LIEDER-ABEND

veranstaltet vom **Deutschen Kriegsmänner-Chor „Laon"**, unter Mitwirkung des Konzertsängers Gefr. **Reinhold Gerhardt** (Bariton) und des Arm.-Soldaten **Meyer** (Violine).

Leitung: Unteroffizier Prof. **Dr. Fritz Stein.**

Vortragsfolge: „Front u. Heimat", Das deutsche Lied in Ernst und Humor (Männerchöre von Kreutzer, Schubert, Klughardt, Conradi, Büttner, von Othegraven, Stuntz, Heinrichs etc.; ernste und heitere Volkslieder alter und neuer Zeit); Sologesänge von Schumann und Brahms u.s.w); Violinsoli von Gossec, Goldmark.

Eintrittskarten zum Preise von **3.—, 2.—, 1.—** Mk. in der Musikalienhandlung des Herrn **Fritz Müller,** Kaiserstr. 124 und an der Abendkasse. 1101

Der Reinertrag ist für Kriegswohlfahrtszwecke der 7. Armee (Hinterbliebenen-Stiftung etc.) bestimmt.

Abgängige Tiere

aller Art kauft K 1

Städt. Gartenamt Karlsruhe.

Jagd-Verpachtung.

Die **Stadtgemeinde Lörrach** läßt am **Donnerstag den 31. Januar, vormittags 11 Uhr,** im Rathaussaal in Lörrach die Ausübung der Jagd in der Gemarkung Lörrach und Stetten auf die Dauer von 9 Jahren, beginnend mit dem 1. Februar 1918, öffentlich versteigern.

Als Bieter können nur solche Personen zugelassen werden, welche sich im Besitze eines Jagdpasses befinden oder durch ein schriftliches Zeugnis des Großh. Bezirksamts nachweisen, daß gegen die Erteilung eines Jagdpasses Bedenken nicht bestehen.

Wir laden Pachtliebhaber dazu freundlichst ein. Der Entwurf des Pachtvertrages liegt bis zur Versteigerung beim Rechnungsamt auf. 1061

Gemeinderat Lörrach.
Dr. Gugelmeier.

Das städtische
Kurhaus Herrenalb (Schwarzwald)
Sanatorium für innere Krankheiten
ist ab Februar 8605
wieder eröffnet.

Junger Koch
sofort gesucht.
Kriegsbeschädigte werden berücksichtigt. Gehalt nach Uebereinkunft. Angebote mit Zeugnisabschrift an
Gänseleberpastetenfabrik und Stadtküche
L. Bolle-Ritz
Freiburg i. Br. 1098

Angebote von National-
Registrierkassen
(neue und alte Modelle) erbeten unter 15006/III an die Geschäftsstelle d. Bl.

Entwickeln
von Platten und Films, Anfertigen von Copieen, Vergrößerungen, Reproduktionen rc., übernimmt bei tadelloser Ausführung 1001
J. Lösch, Photog.-Handlung
Herrenstr. 35. Mitglied d. R.-S.-B

Großherzogl. Hoftheater. 2052

Freitag, den 25. Januar 1918, A 31 (rote Karten)

Adam.

Anfang 7 Uhr. Ende nach ½10 Uhr.